

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XXII/ '94

Bad Godesberg, den 10. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

3 Anstoß zu einer aktiven Europa-Politik 104
Der Deutsche Bundestag ist aufgerufen
Günter Markscheffel

3 Ein richtiges Wort am richtigen Ort 2
Willy Brandt vor der Gewerkschaft der Angestellten

4 "Bürger auf Zeit" 26
Junge Ausländer unter uns - Bemerkungen zu einem interessanten Buch

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Gemeinsame Sorgen und Pflichten
Mit der Wurst über zwei Zäune
Nicht Vormund sondern Treuhänder der Deutschen
Ernst Paul schrieb an Jozef Lenart
Mittelaufstockung für die bäuerliche Eingliederung
Einwände zur 20. LAG-Novelle
Rechtliche Gleichstellung der Flüchtlinge
Einseitige Kommentierung vorgeworfen

* * *

Anstoß zu einer aktiven Europa-Politik

Der Deutsche Bundestag ist aufgerufen

Günter Markscheffel

Der Deutsche Bundestag wird sich in dieser Woche mit einem Antrag befassen, dessen voraussichtliche Annahme durch das Parlament gewichtig für die weitere Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit sein wird. Es geht hierbei um den Versuch, der Bundesregierung bei ihren Bemühungen um die weitere Integration Europas tatkräftige Hilfe zu leisten.

Die Vorgeschichte

Nach langen Vorarbeiten hatte im Juni dieses Jahres das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa in dem die Vorsitzenden der demokratischen Parteien und der Parlamentsgruppen sowie namhafte Gewerkschaftsführer der sechs Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter der Präsidentschaft von Jean Monnet zusammenarbeiten. Entschlüsse angenommen, die in den Parlamenten der sechs Länder als Anträge eingebracht werden sollen. In einer Prämisse zu diesen Entschlüssen hatte das Aktionskomitee unter dem Eindruck der damaligen Situation im Nahen Osten erklärt, die Menschheit würde sich mit Schande bedecken und die Zivilisation einen Rückschritt erfahren wenn nicht alle Anstrengungen gemacht werden, um Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen, der gewährleistet, daß die Existenz Israels nicht noch einmal bedroht werden kann. Es wurde festgestellt, daß die Stimme Europas in dieser Situation nicht zu hören war.

Übertragen auf die Situation Europas war seinerzeit ferner erklärt worden, daß Europa die wichtige Rolle, die ihm u.a. bei der Gestaltung des Friedens zwischen Ost und West zukommt, nur spielen könne wenn es sich zusammenschließt und in den internationalen Fragen mit einer einzigen Stimme spricht. Durch die Herbeiführung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas sollen neue Bedingungen geschaffen werden, die es gestatten, die politische und wirtschaftliche Einheit Europas, die Gestaltung des Friedens, die Demokratisierung der bestehenden Institutionen in Europa und - unter anderem - die Lösung des deutschen Problems konkret in Angriff zu nehmen. Das Aktionskomitee - so hieß es - will durch die schrittweise Verwirklichung dieser Ziele den Zusammenhang ändern, in dem die Probleme im Bereich der Außenpolitik und der Verteidigung auftreten und der heute eine Lösung dieser Probleme unmöglich macht.

Gemäß diesen Grundgedanken wird in einzelnen Entschlüssen den Regierungen der sechs EWG-Staaten empfohlen, dem Beitritt Großbritanniens zu den Europäischen Gemeinschaften in deren gegenwärtiger Form mit den gleichen Rechten und Pflichten zuzustimmen, sowie den übrigen demokratischen Ländern der europäischen Freihandelszone den Zugang zur EWG zu ebnen.

Erfolg der Kennedy-Runde begrüßt

In der gleichen Entschlußung begrüßte das Monnet-Komitee den Erfolg der Kennedy-Runde und empfahl dem Ministerrat der Europäischen Ge-

meinschaften, zwischen den Vereinigten Staaten und der EWG einen Verbindungsausschuß einzusetzen, in dem die gemeinsamen europäischen Institutionen und die Regierung der USA paritätisch vertreten sein sollen. Aufgabe dieses Ausschusses soll es sein, der Gemeinschaft und den USA vor ihren Entscheidungen über wichtige Fragen von beiderseitigem Interesse (internationales Währungssystem, Zahlungsbilanzen, amerikanische Investitionen, Ausbau technologischer Kenntnisse und Entwicklungshilfe) in einem Erfahrungsaustausch und mit Ratschlägen zur Verfügung zu stehen.

Rechte der Arbeitnehmer müssen gewahrt sein

Um das stetige Zusammenwachsen der europäischen Wirtschaft zu fördern, empfahl das Monnet-Komitee die Gründung europäischer Handelsgesellschaften, die Beseitigung steuerlicher Hindernisse für Zusammenschlüsse, sowie die Schaffung eines europäischen Kapitalmarktes. Größte Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die Forderung, daß bei allen diesen Maßnahmen die Rechte der Arbeitnehmer gewahrt werden müssen.

Überwindung des Ost - West - Gegensatzes

Einen großen Schritt in Richtung auf die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes in Europa machte das Monnet-Komitee, als es in Brüssel forderte, die Institutionen der Europäischen Gemeinschaften sollten bei der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas die Bildung eines Kooperationsausschusses anregen, der ständige Konsultationen über wirtschaftliche und kulturelle Fragen von beiderseitigem Interesse durchführen soll. Hierbei geht es um die Erweiterung der materiellen Grundlagen für die Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa und vor allem um einen Beitrag zur Lösung jener Probleme, die den Osten und Westen gegenwärtig voneinander trennen. Als erstes Ziel der Arbeiten des Kooperationsausschusses wird die Ausweitung des Handels, die Schaffung eines Systems des multilateralen Zahlungsausgleichs, die Regulierung der Kreditvergabe und der verstärkte Austausch technologischer Kenntnisse genannt.

Initialzündung

Diese Entschließungen des Monnet-Komitees wurden von den Vertretern der demokratischen Parteien in den sechs EWG-Ländern sowie von den Gewerkschaftsvertretungen beschlossen. Auch CDU und FDP gaben ihre Zustimmung und verpflichteten sich, in den nationalen Parlamenten darauf hinzuwirken, daß diesen Entschließungen gemäß vorgegangen werden soll.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion setzt sich für die Anträge ein, weil sie einen Beitrag zur Überwindung gewisser Stagnationserscheinungen auf dem großen Gebiet der europäischen Zusammenarbeit leisten will und gleichzeitig anstrebt, daß mit d e u t s c h e r Initiative an die Lösung aller jener Probleme herangegangen wird, die seit langem unter dem Stichwort "Wirtschaftliches Gefälle zwischen Ost und West" in Europa auf der Tagesordnung der internationalen Politik stehen. Es ist kein Geheimnis, daß auch in einigen osteuropäischen Staaten versucht wird, zu Vereinbarungen zwischen der EWG und dem COMECON zu gelangen, wobei selbstverständlich bereits bestehende bilaterale Beziehungen politischer oder wirtschaftlicher Art nicht beeinträchtigt werden sollen. Wenn es mit deutscher Initiative gelingt, den Ministerrat der EWG auf diesen Weg zu bringen, wird sich zwangsläufig auch eine international geführte Diskussion über die Rolle der beiden Teile Deutschlands

und ihr als notwendig erkanntes Zusammenwachsen ergeben. Bei allen Mitgliedern der EFTA ist diese Bereitschaft vorhanden. Auch die Regierungen der EWG-Mitgliedsstaaten haben z.T. zu erkennen gegeben, daß auf der Grundlage einer in sich gefestigten EWG die Verbindung zu den im COMECON organisierten Staaten Ost und Südosteuropas hergestellt werden kann.

Breite Mehrheit erwartet

Gewiß handelt es sich bei all diesen Überlegungen zunächst um eine Perspektivplanung. Aber auch in der Politik sind Planungen dieser Art notwendig, wenn man nicht ins Blaue hinein disponieren will. Wirtschaftliche Integration war schon oft der Wegbereiter zur Beseitigung politischer Hemmnisse im Verhältnis von Staaten und Völkern zueinander. Warum sollte dies nicht auch für Europa gelten?

Wenn der Deutsche Bundestag in dieser Woche die inzwischen veröffentlichten Anträge behandeln wird, ist wohl damit zu rechnen, daß entsprechend den Zusagen der Vertreter der übrigen Parteien - eine starke Mehrheit bereit sein dürfte, die Bundesregierung in diesem Sinne zu Aktivitäten in der Europapolitik zu ermuntern.

+ * *

Ein richtiges Wort am richtigen Ort

Willy Brandt vor der Gewerkschaft der Angestellten

- sp - Willy Brandt, Bundesaußenminister und Vorsitzender der SPD, hat auf dem 9. DAG-Kongreß in Berlin jene zurechtgewiesen, die die Mär verbreiten, durch die Regierungsbeteiligung der SPD hätten die Gewerkschaften einen natürlichen Verbündeten verloren. Diese Märchen Erzähler glauben wohl, das Verhältnis zwischen der SPD und den Gewerkschaften stören zu können. Es wird ihnen nicht gelingen, zwischen beiden großen Ordnungsfaktoren - unabhängige Gewerkschaften und demokratische Parteien - eines freien Gemeinwesens Zwiespalt aufzureißen. Beide würden im Falle eines Gelingens solcher Absichten nur schweren Schaden nehmen. Man darf nicht die Ursachen vergessen, die zur Bildung der Großen Koalition geführt haben: die heute noch vorhandene Sorge um den Arbeitsplatz und die Sorge um die Stabilität der Währung; zwei Gebiete, an deren Gesundheit die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer vital interessiert sind. Die SPD hat durch ihren Eintritt in die Große Koalition gewiß nicht aufgehört, um die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen und den Staat nach ihren Vorstellungen zu formen. "Sie nimmt das Vorgefundene keineswegs als unwiderruflich hin, sondern setzt ihren Kampf mit anderen wirksameren Mitteln fort," sagt Brandt. - Dies war ein richtiges Wort am richtigen Ort. Wann je in der Nachkriegszeit hat es eine Bundesregierung gegeben, die den Gewerkschaften mehr Gehör schenkte und Verständnis entgegenbrachte als die Regierung Kiesinger-Brandt? Es gehört schon Blindheit dazu, dies zu übersehen.

+ * *

"Bürger auf Zeit"

Junge Ausländer unter uns - Bemerkungen zu einem interessanten Buch*)

sp - "Hängt es nicht mit dem Nationalcharakter der Deutschen zusammen", fragte der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Heus B a r d e n während einer Podiumsdiskussion in Ludwigshafen, "daß gegenwärtig nirgends so sehr das Problem der ausländischen Arbeitnehmer diskutiert wird, wie in der Bundesrepublik mit knapp einer Million Arbeitern aus den Mittelmeerländern? Dabei sind in Frankreich bei geringerer Bevölkerungszahl zwei Millionen Ausländer tätig. In Luxemburg ist sogar jeder dritte Arbeitnehmer ein Ausländer; in der Schweiz jeder fünfte."

Weil viele Deutsche so wenig Verständnis für die ausländischen Arbeiter aufbringen, ist die Initiative des Signal-Verlages besonders zu begrüßen, der Öffentlichkeit das Problem in einem Buch auf sehr realistische Weise darzustellen. Bürger auf Zeit sind nicht nur ausländische Arbeiter, sondern auch Praktikanten und Studenten. Diese Menschen kommen mit großen Hoffnungen und hohen Vorstellungen nach Deutschland, um Geld zu verdienen oder ihr Wissen zu vervollständigen. Die Bürger auf Zeit, die glauben, in Deutschland eine Heimat auf Zeit zu finden, werden oft enttäuscht. Die Bewohner des Gastlandes benötigen die Arbeitskraft der Italiener, Griechen, Türken und Spanier. Leider sind die Gastgeber nicht bereit, die Eigenarten der Ausländer zu akzeptieren. Man empfindet sie als störend, als Menschen zweiter Klasse. Selten ist die Neigung zu verallgemeinern, so sichtbar geworden, wie bei der Begegnung der Ausländer. Hat eine Zeitung mehrmals über Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Ausländern berichtet, wird automatisch jeder Gastarbeiter als "Messerstecher" bezeichnet.

In dem Buch sind die unterschiedlichsten Stimmen und Zeugnisse zusammengefaßt, um das Problem der ausländischen Arbeiter von möglichst vielen Seiten auszuleuchten. Vor allem kommen die jungen Ausländer zu Wort, die ebenso offen eine Lanze für ihre neue Heimat brechen, wie sie auch die häufig anzutreffende Intoleranz der älteren Generation anprengern. Stets wird jedoch das Bemühen deutlich, sich dem Volk des Gastlandes anzupassen, auch dort, wo blinde Vorurteile den guten Willen lähmen. Aufschlußreich ist ein Beitrag von Erich R o t t e r, der aus der Fülle seiner Erfahrungen als Redakteur der Fremdsprachenprogramme des Westdeutschen Rundfunks schöpft und ein buntes Panorama des vielfältigen Lebens und der Gedankenwelt der Bürger auf Zeit entwirft - Die deutschen Behörden und Organisationen, von der Arbeiterwohlfahrt über den Caritasverband bis zum Deutschen Gewerkschaftsbund tun alles, um den Ausländern das Einleben zu erleichtern. Man kann nur wünschen, daß dieses Buch dazu beiträgt, die Erkenntnis bei den Deutschen zu vertiefen, die ein Autor in dem Buch so formuliert hat: "Wir könnten die Ausländer, die sich unter uns bewegen, zu Propagandisten der Bundesrepublik machen. Ich meine, sie könnten den Ruf Deutschlands wiederherstellen, der im Dritten Reich verloren gegangen ist."

*) "Bürger auf Zeit" - herausgegeben von Hans Eich und Hans Frevert im Signal-Verlag Baden-Baden